

Anlage 1

Sondersitzung des Rates am 10. Juni 2022 – Einleitende Worte des BM

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider,

hiermit begrüße ich Sie ganz herzlich zur Sondersitzung des Rates im Kulturhaus der Stadt Lüdenscheid. Seit etwas mehr als einem halben Jahr ist die marode Talbrücke Rahmede jetzt gesperrt. Seit etwas mehr als einem halben Jahr ist die A45, die viel zitierte Lebensader unserer Region und eine der wohl wichtigsten Autobahnen Deutschlands, gekappt. Seit mehr als einem halben Jahr muss der Verkehr von der A45 durch Lüdenscheid umgeleitet werden. Wir sprechen von rund 20.000 Fahrzeugen pro Tag, darunter ca. 6500 Lkw.

Diese gewaltige Zunahme des Verkehrs bedeutet eine enorme Herausforderung und eine in vielerlei Hinsicht extreme Belastung für unsere Stadt, unsere Region, unsere Wirtschaft, unsere Infrastruktur – und nicht zuletzt für die Menschen, die hier leben und arbeiten. Die vergangenen sechs Monate waren für jeden einzelnen von uns bitter und hart, haben Geld, Kraft, Nerven und vor allem Zeit gekostet. Das gilt in ganz besonderem Maße für die Menschen, die an den Umleitungsstrecken wohnen und arbeiten.

Um es ganz klar zu sagen: Diese Situation ist unerträglich und muss so schnell, so unbürokratisch und so kreativ wie möglich gelöst werden. Es geht um unsere Lebensqualität, aber auch um die Zukunft unserer Stadt und unserer Region. Und um die Gesundheit vieler Menschen. Auch aus diesem Grund sitzen wir heute hier.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben mit der heutigen Sitzung einen Marathon vor uns. 134 Fragen aus der Bürgerschaft sind bei uns eingegangen. Jede einzelne davon wird von der zuständigen Behörde beantwortet und natürlich auch protokolliert werden. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir Zwischenfragen nicht zulassen werden. Sollten Fragen offenbleiben, haben Sie im Anschluss an die Beantwortung die Gelegenheit, sich zu Wort zu melden.

Bevor ich Ihnen unsere Expertenrunde kurz vorstelle, erlauben Sie mir bitte noch zwei Anmerkungen:

Erstens. Ein Fernseh-Team des WDR wird um 19.30 Uhr per Live-Schalte aus dieser Sitzung berichten. Das wird wenige Minuten dauern. Sollten Sie nicht im Bild sein wollen, würde ich Sie darum bitten, die Sitzung ggf. kurzzeitig zu verlassen. Danke sehr.

Zweitens. Seit einigen Monaten wird uns als Stadtverwaltung immer wieder vorgehalten, bei der Bewältigung der ganzen Problematik nicht genug Gas zu geben, oder aber gesagt, warum wir dieses oder jenes nicht tun. Wir alle haben volles Verständnis für den Frust und den Ärger, die Sorgen und die Ängste der Menschen, die – im Übrigen genauso wie wir – mit dieser extrem schwierigen Situation konfrontiert sind. Lassen Sie mich aber ganz klar sagen: Das von vielen geforderte „Einfach mal machen“ klingt in der Theorie super, ist in der Praxis aber aus unterschiedlichen Gründen nicht machbar:

- Als Stadtverwaltung sind wir nicht für die Autobahn, die Talbrücke, die Sprengung und die Einrichtung von Lkw-Mautsystemen oder Autobahn-Umleitungen zuständig. Das ist Sache der Autobahn GmbH des Bundes.
- Als Stadtverwaltung sind wir nicht für die Straßen zuständig, die die Autobahn-Bedarfsumleitung zählen. Das ist Sache des Landesbetriebs Straßen.NRW, mit dem wir

uns aber selbstverständlich abstimmen und mit dem wir eng und gut zusammenarbeiten.

- Als Stadtverwaltung sind wir nicht für die Kontrolle des fließenden Verkehrs zuständig, sondern die Polizei, hier die Kreispolizeibehörde.
- Als Stadtverwaltung sind wir – ebenso wie die anderen beteiligten Behörden – an feste Rahmenvorgaben und gesetzliche Regelungen gebunden, die komplex und zeitraubend sind, die wir aber einhalten müssen. Ob uns das gefällt oder nicht.
- Als Stadtverwaltung müssen wir uns wegen unterschiedlicher Zuständigkeiten mit den anderen beteiligten Behörden immer wieder abstimmen. Das macht eine ohnehin schwierige und komplexe Thematik nicht einfacher, ist aber ebenfalls unerlässlich.
- Als Stadtverwaltung sind wir dafür zuständig, den Verkehr auf unseren Straßen bestmöglich zu steuern. Meine Kolleginnen und Kollegen aus der Verkehrsplanung arbeiten seit mehr als sechs Monaten an der Grenze der Belastbarkeit, um das Bestmögliche aus dieser Katastrophe zu machen. Klar ist aber: Unser Straßennetz ist begrenzt – und damit auch die Anzahl der Alternativen für die Verkehrsführung in Lüdenscheid. Es ist keine Option, den Durchgangsverkehr von der Autobahn einfach wild durch das ganze Stadtgebiet fahren zu lassen. Vielmehr liegt es in unserer Verantwortung, den A45-Verkehr so effizient wie möglich umzuleiten und so weit wie möglich aus der Stadt und den Wohngebieten herauszuhalten, damit kein Chaos ausbricht. Doch jedem, der fordert „in meiner Straße nicht“, muss auch klar sein, dass wir damit auch dafür sorgen, den gesamten Verkehr auf die Bedarfsumleitung zu drücken – mit all den dramatischen Auswirkungen für die Menschen dort.
- Wir müssen uns alle miteinander ehrlich machen: Wenn jeder nur das Beste für seine Straße und für seine

Angelegenheiten fordert, werden wir nicht weiterkommen. Wir alle werden, so schmerzhaft und unbefriedigend das ist, weiterhin Opfer bringen müssen. Manche noch mehr als andere. Wir als Stadtverwaltung werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass vor allem diesen Menschen so gut und umfassend wie möglich geholfen wird. Und lassen Sie es mich deutlich sagen: Den Schwerlastverkehr in dieser Form für fünf Jahre in der Stadt zu dulden, ist keine Option, und wir werden uns als Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider dagegen wehren.

Fest steht aber – und das ist auch mein ausdrücklicher Appell: Wir werden diese schwierige Situation nur gemeinsam bewältigen können. Deshalb bitte ich erneut ausdrücklich darum, den Dialog mit uns zu suchen, mit den übergeordneten Behörden zu suchen, auf ein Miteinander statt ein Gegeneinander zu setzen und sich aktiv und kreativ mit Ideen einzubringen – für unsere Lebensqualität, unsere Stadt und unsere Region. Und damit auch für unsere Zukunft. Und das schließt ausdrücklich nicht aus, kritisch zu sein und den Finger in offene Wunden zu legen.

Ich möchte Sie alle und uns alle ausdrücklich ermuntern, weiterzumachen. Zusammen zu handeln. Jeder und jede in dem Bereich, in dem er oder sie etwas tun kann. Im politischen Raum, in der Bürgerinitiative, in den Betrieben, den Unternehmen, mit Petitionen. Nur gemeinsam wird es gehen.

Erlauben Sie mir noch einige persönliche Anmerkungen. Ich habe den ehrenamtlichen Job des Bürgerbeauftragten als zusätzlich Aufgabe auf mich genommen, weil ich möchte, dass den Menschen dieser Stadt und dieser Region eine Stimme gegeben wird und dass unsere Sorgen und unsere Nöte direkt, unmittelbar und ungefiltert bei den höheren und zuständigen Behörden ankommen. Ich bin dort weder leise gemacht worden, eingekauft oder sonst irgendetwas. Es ist eine enorme zusätzliche Arbeitslast, die ich gern auf mich nehme.

Ich bin nicht nur Bürgermeister, sondern vor allem auch Lüdenscheider und Vater, der möchte, dass unser Zuhause auch für unsere Kinder in Zukunft lebenswert ist und bleibt. Dafür nehme ich das gern auf mich, aber ich kann das nur mit Ihnen gemeinsam, indem wir zusammen handeln.

Ich danke Ihnen.